

Bericht

des Europaausschusses

über die Drucksache

**17/2106 Große Anfrage der SPD und Antwort des Senats zu
“Europäische Jugendpolitik und internationale Jugendarbeit“
und
“Internationale Jugendarbeit in Hamburg“
(Selbstbefassungsangelegenheit)**

Vorsitzender: **Peter Paul Müller**

Schriftführer: **Günter Frank**

Die Große Anfrage der SPD ist dem Europaausschuss von der Bürgerschaft am 10.04.2003 zur Beratung überwiesen worden. Am 22.04.2003 hat der Europaausschuss zusammen mit dem Jugend- und Sportausschuss im Rahmen der Selbstbefassung eine öffentliche Anhörung zum Thema „Internationale Jugendarbeit in Hamburg“ durchgeführt. Über die Anhörung liegt ein Wortprotokoll in der Bürgerschaftskanzlei zur Einsichtnahme vor. Gesondert zu dieser öffentlichen Anhörung waren geladen die Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände in Hamburg, das Europa Jugend Büro, der Info-Point-Europa, die Jugendfeuerwehr Hamburg, das Jugendnetzwerk Lambda-Nord, die Jungen Europäischen Föderalisten und das Kinderinformationszentrum.

In der internen Ausschusssitzung bemängelten die SPD-Abgeordneten, dass sich der Senat mit wichtigen Fragen aus der Großen Anfrage nicht befasst habe, so z. B. ob er bei der Förderung der internationalen Jugendarbeit einen Schwerpunkt für bestimmte Zielländer setzen und wie er die internationale Jugendarbeit in Hamburg weiter entwickeln wolle, oder welche Maßnahmen mit Mitteln der Ostseekooperation gefördert werden sollen. Die SPD-Abgeordneten wollten weiter wissen, warum sich der Senat nicht mit Themen wie Übersichtlichkeit, Transparenz und Zugänglichkeit der verschiedenen Förderwege der internationalen Jugendarbeit befasst habe. Außerdem fragten sie, wie viele Stellen in der Hamburger Verwaltung für die fachliche Steuerung der internationalen Jugendarbeit vorhanden seien.

Die Senatsvertreter sahen eine Schwerpunktsetzung durch die staatliche Verwaltung bei den Länderprogrammen nur als bedingt planbar an. Während Fragen wie die Qualitätsfestsetzung bei internationalen Förderprogrammen oder die Auswertung von Erfahrungen und ihre Sicherstellung noch planbar seien, obliege es den Jugendverbänden zu entscheiden, wo und wie sie sich engagieren und welche Anträge auf Förderung sie stellen wollen. In der Anhörung sei von den Jugendvertretern vor einer zu starken Festlegung auf Länderregionen gewarnt worden, damit bestimmte Austauschprogramme mit anderen Ländern nicht ausgeschlossen würden.

Im Bereich der Ostseekooperation z. B. seien deshalb so wenig Projekte staatlich gefördert worden – obwohl Mittel zur Verfügung gestanden hätten –, weil die Jugendverbände nicht genügend Anträge gestellt hätten.

Wenn es in der Antwort auf die Große Anfrage heiße, dass sich der Senat mit bestimmten Fragen (wie z. B. der Schwerpunktbildung) noch nicht befasst habe, so liege das auch an der zeitlichen Parallelität zwischen der Senatsantwort in der Großen Anfrage und der vom Ausschuss terminierten öffentlichen Anhörung. Die Behörde für Soziales und Familie habe seinerzeit ihre Meinungsbildung bewusst nicht abgeschlossen, um die Erkenntnisse aus der Anhörung mit verarbeiten zu können.

Zum Vorwurf der mangelnden Transparenz und Zugänglichkeit von Förderprogrammen bemerkten die Senatsvertreter, dass es eine Vielfalt von Programmen auf den verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Länder, Städtepartnerschaften) gebe, sodass leicht der Überblick verloren gehen könne. Deshalb habe die Behörde für Soziales und Familie einen Überblick über sämtliche Förderwege erstellt und diese den Jugendverbänden zugänglich gemacht. Darüber hinaus leiste die Behörde aktive Beratungshilfe bei der Antragstellung. Dies sei in der Anhörung von den Jugendverbänden positiv beurteilt worden, wie auch ausdrücklich keine Kritik an der Arbeitsweise der hamburgischen Behörden geübt worden sei. In der Behörde für Soziales und Familie würden 4 1/4 Stellen für den Bereich der Jugendarbeit zur Verfügung stehen.

Zum Hinweis der SPD-Abgeordneten, dass laut Senatsantwort bei der Förderung oft dieselben Träger berücksichtigt würden, bemerkten die Senatsvertreter, dass die Behörde für Soziales und Familie regelmäßige fachliche „Werbeveranstaltungen“ für internationale Jugendbegegnungsmanahmen durchführe und damit gezielt die bezirklichen und überregionalen Träger anspreche. Dadurch sollen insbesondere neue Träger motiviert werden und eine Chance auf Förderung erhalten. Ihre Anträge würden genauso berücksichtigt wie die anderer Träger, die vielleicht schneller und routinierter bei der Antragstellung gewesen seien. In solchen Fllen würde die Behörde helfend zur Seite stehen.

Die SPD-Abgeordneten erkundigten sich weiter, in welcher Form sich Hamburg an der Fortführung und bei der Neuausrichtung der europäischen Programme der allgemeinen und beruflichen Bildung beteiligen werde, ob den Trägern zur Vermeidung von Vorleistungen Überbrückungshilfen gewährt werden könnten und ob bei Ein- und Ausreiseschwierigkeiten ein vereinfachtes Verfahren (evtl. mit einer blue-card) denkbar sei.

Die Senatsvertreter erklärten, dass die EU mit den Mitgliedsländern in einen Konsultationsprozess eingetreten sei. Die deutschen Interessen würden zz. in einer Arbeitsgruppe von Bund und Ländern formuliert, wobei sich die Länder in ihrem Vorgehen einig seien. Die Rahmenbedingungen und Schwerpunkte für 2007 seien aber noch nicht fixiert. ber das Hamburger Vorgehen fänden regelmäßige Arbeitsabsprachen innerhalb der Verwaltung statt. Für eine übergeordnete Koordinierung bestehe kein Bedarf.

Die Senatsvertreter teilten weiter mit, dass den Trägern Hilfen bei der Finanzierung von Vorhaben angeboten würden. In Einzelfällen habe es auch berbrckungsdarlehen gegeben. Ob eine andere Frderungspraxis nötig sei, müsste grundsätzlich erörtert werden.

Die Forderung nach einer so genannten blue-card für eine vereinfachte Aus- und Einreisepraxis sei in der Anhörung neu vorgetragen und bisher als Wunsch auch noch nicht erhoben worden. Wenn ein Träger es wünsche und keine rechtlichen Bestimmungen dagegen stnden, würden ihm entsprechende Empfehlungsschreiben gegeben.

Nach Meinung der CDU-Abgeordneten sei es auch aus der Sicht der Politik wichtig, in Kontakt mit den Jugendverbänden zu bleiben. Im Großen und Ganzen habe es in der Anhörung keine grundsätzliche Kritik an Senat oder an der Verwaltung gegeben, auch wenn der Bereich Information und Kommunikation noch optimiert werden könnte.

Die Ausschussmitglieder und Senatsvertreter waren sich einig, dass die Anhörung ein wichtiges Anliegen für beide Seiten gewesen sei, mit der auch ein Anerkennen der ehrenamtlichen Tätigkeit durch die Politik gesetzt werden sollte. Einig war man sich, diesen Weg fortzusetzen.

Der Europaausschuss bittet die Bürgerschaft, von der Selbstbefassungsangelegenheit und der Drs. 17/2106 Kenntnis zu nehmen.

Günter Frank, Berichterstatter